bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 03 | 03. Februar 2006

Rechte Szene 2

Schlammschlacht
In Baden-Württemberg kann die NPD nicht flächendeckend antreten – parteiinterne gegenseitige Schuldzuweisungen bleiben da nicht aus.

Nicht mehr die Gurkentruppe
Mit NPD-Verstärkung hofft die DVU auf die Rückkehr in den Landtag von Sachsen-Anhalt.

Weit verzweigtes Geflecht
Ein Drahtzieher der neonazistischen „Schulhof-CD“ muss sich wegen „schwerer Jugendgefährdung“ vor Gericht verantworten.

Sturm auf Stade
Wie der „Meinungsverbrecher“ Adolf Dammann sein Recht sucht.

Ausland 6

Umtriebige Musikanten
Rechtsrocker mit politischen Ambitionen.

Grauzone 6

Völkische Männerbünde
Zahlreiche Burschenschaften dulden Vertreter der extremen Rechten in ihren Reihen und/oder bieten ihnen ein Podium.

Seitenblick 8

„Tatorte“
Rechtsextremismus wird auch beim Spitzenfußball zunehmend zu einem Problem.

Demokratische Initiativen 9

Kaum mehr als Fensterreden
Die erste Landestagung eines Netzwerkes für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt hinterlässt zwiespältige Eindrücke.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Weiße Flecken
Die „Dachauer Hefte“ sind wahre Fundgruben über Details aus der NS-Zeit.

Überleben im Versteck
Eine Ausstellung im Anne Frank Zentrum dokumentiert das Schicksal jüdischer Menschen in Berlin während der NS-Zeit.

Meldungen 12

Rechte Szene

Schlammschlacht

In Baden-Württemberg kann die NPD nicht flächendeckend antreten – parteiinterne gegenseitige Schuldzuweisungen bleiben da nicht aus.

Von einem Einzug in den Stuttgarter Landtag hatte die baden-württembergische NPD ohnehin nicht zu träumen gewagt. Aber wenigstens stärker zu werden als die Rechts-Konkurrenz der Republikaner und mit mehr als einem Prozent in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung zu kommen – das sollte schon drin sein. Doch selbst diese bescheidenen Ambitionen könnten für die NPD-Riege um den Landeschef Jürgen Schützinger nun zu hoch sein: Lediglich für 52 der 70 Wahlkreise hat die Partei Kandidatenvorschläge und Unterstützungsunterschriften vorlegen können. Die REP haben dies nach eigenen Angaben flächendeckend geschafft.

Dass die Tatsache, auf Grund des Wahlrechts höchstens in 75 Prozent der Wahlkreise überhaupt Stimmen für die NPD sammeln zu können, erneut für Wirbel sorgen würde, war vorhersehbar. Die Südwest-NPD ist zwischen dem Landesvorstand auf der einen und einer Minderheit rund um den ehemaligen Vorsitzenden Günter Deckert auf der anderen Seite tief gespalten. Auffallend war, dass die meisten der nicht besetzten Wahlkreise genau dort zu finden sind, wo sich Anhänger des suspendierten Ex-Parteichefs tummeln. In seinem eigenen Kreisverband Kurpfalz/Rhein-Neckar mit immerhin sieben Wahlkreisen wird nicht ein einziger NPD-Kandidat auf den Stimmzetteln stehen. Schnell war parteiintern der Vorwurf der Sabotage bei der Hand.

Die Schlammschlacht war spätestens eröffnet, als der Kreisverband Kurpfalz/Rhein-Neckar unter der Überschrift „Die Chronologie des Versagens" am 28. Januar eine Generalabrechnung mit dem Landesvorstand und speziell Landeswahlkampfleiter Janus Nowak veröffentlichte. Für die Deckert-Fans ist klar, „wer die eigentlichen Schuldigen an diesem Fiasko in einer so entscheidenden ‘Wahlschlacht' gegen die REP (die wir bei der Bundestagswahl schon überflügelt hatten) sind". Der Kreisvorstand unter der Regie von Stefan Wollenschläger macht den Landesvorstand und Nowak dafür verantwortlich, dass „unser KV Kurpfalz/Rhein-Neckar damit seit 40 Jahren zum ersten Mal zuschauen ‘darf', wie ein Wahlkampf an ihm vorübergeht". Und weiter in der Anklage: „War die Landeswahlkampfleitung so amateurhaft und stümperhaft versagend, hat Nowak in blinder Gier des sich ‘unentbehrlich machen Wollens' (Hoffnung auf das Weiterzahlen seines Gehaltes nach der Wahl) alles an sich gerissen, was er nur zum geringsten Teil dann erfüllen konnte oder hat man unseren KV mit seinen Wahlkreisen mit Absicht ‘abgeschossen'?".

Eine Erwiderung konnte nicht ausbleiben. Zwei Tage später meldete sich Nowak öffentlich zu Wort. Er warf den Opponenten des Landesvorstands vor, Wahlkreisversammlungen boykottiert zu haben. „Die Basis hat sich einlullen lassen von groben Lügen und Hetze, sodass aus ‘Mangel an anwesenden Mitgliedern' nicht gewählt werden konnte." Bei der Sammlung der Unterschriften dann habe es an der Unterstützung der Leute vor Ort gemangelt. „Die Truppe um Wollenschläger hat in der gesamten Zeit lt. Wollenschläger etwa 30 Unterschriften gesammelt! Eine wahrlich meisterhafte Leistung des ‘aktivsten NPD Kreisverbandes Deutschlands'…" Wollenschläger & Co. hätten schlicht und einfach dem Landesvorstand unter Schützinger nicht ermöglichen wollen, flächendeckend anzutreten und deswegen auch in anderen Kreisverbänden Stimmung dagegen gemacht, meint Nowak.

Immerhin freut sich Nowak darüber, dass mit 52 deutlich mehr Wahlkreise besetzt werden konnten als bei der Landtagswahl vor fünf Jahren. Damals waren es nur 34. Landeschef Schützinger tritt in den beiden Wahlkreisen Villingen-Schwenningen und Tuttlingen-Donaueschingen an. Mit der von ihm geführten Deutschen Liga für Volk und Heimat holte er in seiner Heimatgemeinde Villingen-Schwenningen 5,4 Prozent der Stimmen bei der Kommunalwahl 2004. Auch ein bekannter „parteifreier" Rechtsextremist kandidiert für die NPD. Lars Käppler (30) stellt sich in den Wahlkreisen Heilbronn-Stadt und Schwäbisch Hall zur Wahl. Käppler, früher JN-Landesvorsitzender, war 1999 Mitbegründer und bis Mitte 2004 Vorsitzender der neonazistischen JN-Abspaltung „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft".

Tomas Sager

Nicht mehr die Gurkentruppe

Mit NPD-Verstärkung hofft die DVU auf die Rückkehr in den Landtag von Sachsen-Anhalt.

Intelligenzquotient unter Zimmertemperatur" – so schwärmte nach den Landtagswahlen im April 1998 der Korrespondent einer renommierten Tageszeitung unter Kollegen nicht ohne ironisches Grinsen über die frisch gekürten Landtagsparlamentarier der rechtsextremen DVU in Sachsen-Anhalt. Mit 12,9 Prozent der Wählerstimmen schockte die vom Münchner Verleger Gerhard Frey gegründete und bis heute autokratisch geführte Partei die parlamentarische und außerparlamentarische Öffentlichkeit und schickte schließlich 16 Abgeordnete in den Landtag. Die wurden brav allen Vorurteilen gerecht und machten bis hin zur Fraktionsspaltung eher durch internen Krieg als durch konkrete politische Initiativen von sich reden. Der Wahlkampf 1998 war von der DVU eher aus dem anonymen Untergrund geführt worden. Aggressive Plakate und Postwurfsendungen, die bewusst auf das Potenzial von Protestwählern zielten, waren so ziemlich das einzige, was die Wähler von der DVU mitbekamen. Das hat sich im Vorfeld der anstehenden Landtagswahl am 26. März grundlegend geändert. Mit dem Dessauer Rechtsanwalt und DVU-Landesvorsitzenden Ingmar Knop hat die Partei dieses Mal einen Spitzenkandidaten, den sie durchaus vorzeigen kann, was sie auch bereits tut.

Über die Erfolgschancen der DVU bei den Landtagswahlen gehen die Ansichten von Experten durchaus in unterschiedliche Richtungen. Der Hallenser Politikprofessor Everhard Holtmann schätzt diese Chancen eher gering ein. Die DVU verfügt, anders als die NPD in Sachsen, über viel zu gering ausgeprägte kommunalpolitische Strukturen, verkündete er im Vorfeld der ersten landesweiten Tagung des „Netzwerks für Demokratie und Toleranz" (s. S. 9). In seiner Einschätzung hat Holtmann allerdings Strukturen außer Acht gelassen, über die die NPD durchaus verfügt. Gemäß dem Deutschland-Pakt zwischen DVU und NPD wird jeder vierte Kandidat auf der DVU-Landesliste ein Nationaldemokrat sein. Und die NPD ist in Sachsen-Anhalts Süden durchaus aktiv. So konnte sie bei den vergangenen Kommunalwahlen einen Abgeordneten in den Stadtrat von Sangerhausen und sogar zwei in den Kreistag des Burgenlandkreises entsenden.

„Was da jetzt zur Landtagswahl antritt, ist mit Sicherheit nicht mehr die Gurkentruppe, die wir nach der Wahl von 1998 kennen lernen mussten.", schätzt David Begrich von der „Arbeitsstelle Rechtsextremismus" in Halle ein. Tatsächlich dürfte die DVU mit Knop an der Spitze erneut in den Magdeburger Landtag einziehen, wenn es ihr gelingt, das Protestwähler-Potenzial auf ein bestimmtes Thema zu fokussieren. Obwohl die rechtsextreme Partei bereits begonnen hat, das Land mit Wahlplakaten geradezu zuzupflastern, ist dieses Thema zwar noch nicht erkennbar, Grund zur Beruhigung ist das aber allemal noch nicht. Im Gegenteil: Selbst die DVU setzt hier vertrauensvoll auf die große Koalition von CDU und SPD in Berlin. „Im Zeichen der großen Koalition in Bonn 1966 bis 1969 gelang der NPD der Einzug in sieben Landtage.", freut sich die Frey-Partei schon frühzeitig in ihrem Internet-Auftritt. Zudem sei die DVU mit Bremen und Brandenburg gerade in den Landesparlamenten vertreten und habe ihre Wahlergebnisse sogar noch steigern können, in denen eine große Koalition regiert.

Spitzenkandidat Knop ist ein Intellektueller mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Er ist seit Jahren als Kolumnist für die „Deutsche Stimme" und die „National-Zeitung" tätig. „Und von dem kann man in der heißen Wahlkampfphase sicherlich etwas mehr erwarten als von einem Spitzenkandidaten Helmut Wolf, den Frey 1998 als Dummbatz quasi auf der Straße aufgelesen hat.", glaubt Begrich.

Derzeit hoffen die demokratischen Parteien auf die Wahrheit der Umfrageergebnisse, die der DVU ein klares Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde prognostizieren. Eine klare Unschärferelation, die schon 1998 für eine böse Überraschung gesorgt hat. „Wer wird in einer Umfrage schon zugeben, dass er rechtsextrem wählt?", fragt er. „Und gerade bei der Klientel, auf das die DVU abzielt, wird die eigentliche Wahlentscheidung frühestens ein bis zwei Wochen vor dem Wahltag getroffen." Auch die Entscheidung, überhaupt zur Wahl zu gehen. Ein nicht unbeträchtlicher derjenigen, die im April 1998 ihr Kreuz bei der DVU gemacht hatten, waren zuvor gar nicht wählen.

Eberhard Löblich

Weit verzweigtes Geflecht

Ein Drahtzieher der neonazistischen „Schulhof-CD“ muss sich wegen „schwerer Jugendgefährdung“ vor Gericht verantworten.

Vor dem Amtsgericht in Stendal hat am 26. Januar der Prozess gegen den rechtsextremen Musikproduzenten Lutz Willert aus Kuhlhausen begonnen. Dem 31-jährigen Neonazi wird vorgeworfen, 50 000 Tonträger der berüchtigten Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit“ bestellt und geliefert bekommen zu haben. Dabei geht es konkret um den juristischen Vorwurf der Oberstaatsanwaltschaft in Halle, diese CD als ein „schwer jugendgefährdendes Medium“ zu betrachten.

Dick vermummt erschien Willert mit Szene-Anwalt Wolfram Nahrath, dem letzten Anführer der 1994 verbotenen militanten „Wiking Jugend“ im Gerichtssaal 102. Sein Gesicht wollte der langjährige Neonazi-Aktivist nicht zeigen und zu einer Aussage war er ebenso wenig bereit. Auffällig wenige Kameraden zollten dem Angeklagten Solidarität. Immerhin gilt Willert nur als einer der Drahtzieher einer konzertierten Neonazi-Aktion von 56 Rechtsrockbands, Labels und Kameradschaften. Für Szene-Kenner galt Willerts Firma „Univerzal Records“ bislang als größter Produzent innerhalb des Rechtsrock-Spektrums. Inzwischen verlagert der Kuhlhausener seine Aktivitäten auf seinen Hate-Hate-Versand mit eigener Kleidungsmarke.

Interessanten Einblick gewährte die vor dem Schöffengericht in Stendal offengelegte Wirtschaftsvernetzung von „Univerzal Records“. Erst ein aufmerksamer Mitarbeiter der Firma DiskCopy in Rodgau, die für die Produktion des Tonträgers zuständig sein sollte, brachte das „Projekt Schulhof“ ins Wanken. „Da ist etwas faul!“, vermerkte der und informierte den Staatschutz des Polizeipräsidiums Südosthessen. Die Beamten seien froh gewesen, den Hintermännern der „Schulhof-CD“ endlich auf die Schliche gekommen zu sein.

Mitte Mai 2004 hatte DiskCopy den Auftrag von der Broker-Firma Allmedia Fulfillment aus Hannover-Langenhagen erhalten. Auftraggeber war der rechtsextreme Musikproduzent Willert. Nicht zum ersten Mal kooperierten DiskCopy und Allmedia in dessen Auftrag. Nach Aussagen eines ehemaligen Mitarbeiters habe es bereits vorher kleinere Aufträge von 1000 bis 3000 Stück für die Rodgauer Firma gegeben. In der Vergangenheit seien Tonträger auch bei der Firma Fuji in Nordrhein-Westfalen produziert worden.

Als Kontaktmann zwischen Produktion, Druckerei, Presswerken und Willerts Firma entpuppte sich der 25-jährige Christoph T. aus Kevelaer, der sich vor Gericht als Geschäftsführer vorstellte und nach eigenen Angaben vor seiner Tätigkeit bei Allmedia für die Firma Fuji tätig war. T. berichtete, den Auftrag für die „Schulhof-CD“ unter dem Arbeitstitel „Game Over“ im Mai 2004 in Hannover angenommen zu haben. Er kenne Herrn Willert etwa seit 2002 persönlich, dessen größter Auftrag habe zuvor bei 5 000 bestellten Tonträgern gelegen. Dann bestellte Willert 45 000 Stück. Die Brisanz einiger Aufträge sei ihm durchaus auch früher schon bekannt gewesen, gab der Zeuge zu. Auch bei Fuji habe die Polizei in Krefeld einmal einen von Willerts Tonträgern überprüft, aber damals sei nur von „moralischer Verwerflichkeit“ die Rede gewesen. Dieser Produktionsauftrag wurde jedenfalls von der Polizei in Hessen beendet.

Die Frage, ob die Broker-Firma aus Hannover auch an der Vermittlung nach Kornwestheim involviert gewesen sein könnte, wurde in Stendal bisher nicht geklärt. Fakt ist, dass daraufhin die Firma DigiCon in Baden-Württemberg 50 000 Exemplare der „Schulhof-CD“ presste und ein Böblinger Transportunternehmen sie dann zum Auftraggeber nach Kuhlhausen brachte. Bei einer im Juli 2004 erfolgten Hausdurchsuchung konnten nur noch die Auftrags- und Lieferpapiere sichergestellt werden. Die CDs waren bereits ausgeliefert, von über 40 000 Stück fehlt noch heute jede Spur.

Ein im Juni 2004 von den Drahtziehern beauftragtes Rechtsgutachten für die „Schulhof-CD“ offenbarte neue Akzente im Hinblick auf die Hintergründe der Neonazi-Aktion. Denn Szene-Anwältin Gisa Pahl vom „Deutschen Rechtsbüro“ in Hamburg, hatte ihr Gutachten nicht wie erwartet an Willert gesandt, sondern an einen der politischen Kader des „Aktionsbüro Rhein-Neckar“, Matthias Hermann. In den Zeugenstand gerufen, stellte der schlaksige Neonazi sich beruflich als „Akademiker“ vor und machte schnell vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch.

Die Anhörung der einschlägigen Szene-Anwältin Pahl strapazierte Gericht und Medienvertreter. Umständlich und langatmig erklärte die 48-jährige ihre Sicht der Dinge. Sie habe die Liedertexte am 21. Juni in Empfang genommen, sie nach möglichen Straftatbeständen überprüft, sei auf zwei fragwürdige Stellen gestoßen, habe dann eine Nacht drüber geschlafen, denn „das mache ich immer so“. Auf die Frage, was Hermann aus Ludwigshafen mit den Schulhof-Tonträgern vorgehabt habe, antwortete sie beiläufig: „Darüber haben wir nicht gesprochen“. Das Urteil im Fall Willert soll beim zweiten Prozesstag im Februar erfolgen.

Andrea Röpke

Sturm auf Stade

Wie der „Meinungsverbrecher“ Adolf Dammann sein Recht sucht.

Adolf Dammann will Stade belagern. Einen Tag lang will der NPD-Funktionär aus Buxtehude vor seiner Haustür einen jener Aufmärsche stattfinden lassen, mit dessen Organisation er in verschiedenen norddeutschen Städten Erfahrung hat. Der Auftritt des 66-Jährigen in der Kleinstadt Verden an der Aller dominierte am 2. April 2005 das öffentliche Leben. Rund 300 Kameraden waren zur Unterstützung des „Heisenhof“-Projekts von Jürgen Rieger angerückt. Der Bürgermeister rief einen „Aktionstag“ gegen Rechts aus. Die Gastronomie in der Fußgängerzone machte riesenhafte Umsätze, während die NPD durch stille Wohngebiete kreiste.

Den „Heisenhof“ in Dörverden hat Dammann von Anfang an gefördert, nun soll Rieger ihm als Anwalt zu Hilfe kommen bei der Berufung gegen eine verhängte Geldstrafe des Amtsgerichts Stade vom 10. Januar wegen Verunglimpfung des Staates und Beleidigung. Im Internet hatte Dammann eine SPD-Bundestagsabgeordnete „Sozioten-Wetzel“, den Bürgermeister „Witzfigur“ und die Bundesrepublik „scheinsouverän“ genannt. Seinen juristischer Protest hat er auf den Weg gebracht und zeitgleich eine Demonstration für 100 bis 150 Kameraden am Gerichtsort beantragt. Am 25. März will er die „Meinungsverbrechen“, derer er sich schuldig bekennt, wiederholen: „Maulkorb für die NPD? Narrenfreiheit für Wetzel und Ott? Nicht mit uns!“ Seine Wunschroute sieht die Auftaktkundgebung auf dem Verkehrsknotenpunkt der Altstadt, wo Markt gehalten wird. Dann sollen die braunen Truppen den Stadtkern umrunden. Weitere Reden am Hafen, während auf der anderen Seite der Stadt eine Regionalmesse traditionell Tausende anzieht. Abschlussgebärde vor dem Sitz der Landkreisverwaltung.

Als Rentner hat der ehemalige Bankkaufmann Dammann selbst den „Maulkorb“ abgelegt. Im Wochenrhythmus absolviert er Schulungen, Vorträge, Demonstrationen. „Warum gehen wir denn auf die Straße!“, erklärt er sich. „Weil man uns anderen öffentlichen Raum verwehrt. Wer uns einmal seine Gastwirtschaft überlässt, tut es nie wieder“ bei dem Ärger, den „Medien, Staatsschutz und Antifa“ machen. In Wangersen jedenfalls hat die NPD seit Jahrzehnten eine sichere Burg. Monatlich trifft man sich dort im Lokal eines Parteifreundes, in Abständen halten Jürgen Rieger oder der Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, Gastvorträge.

In den vergangenen zwei Jahren ließen Dammann und seine Gehilfen nichts aus bei der Belagerung der öffentlichen Meinung rund um Stade: Veranstaltungsstörungen, Aufmärsche, Drohungen in alle Richtungen, Auftritte vor dem Arbeitsamt und vor TV-Kameras bei einem Kindermörder-Prozess, Verteilungen von Schulhof-CDs, mehr Stände in den Straßen beim Europawahlkampf 2004 und zur Bundestagswahl 2005 als andere Parteien und dazu Reisen zu „nationalen Kundgebungen“ im ganzen Land. Die Polizeistatistik spiegelt das: Von 27 (2003) stieg die Zahl der erfassten Delikte auf 55 (2004); die Zahl der Gewaltdelikte lag gleichbleibend bei zwei.

Dammann ist als „Meinungsverbrecher“ nicht vorbestraft. Einmal entging er einer Anklage nach einer Schlägerei 1978/79 in Göttingen, „weil ich mich gewehrt habe“ gegen einen Überfall von „Linken“, wie er sagt. Am 29. Oktober 2005 stoppten brennende Barrikaden einen von ihm geleiteten Aufzug in der Universitätsstadt. „Die Antwort darauf sind eine neue Demo in Göttingen am 13. Mai und vorher die in Stade. Wenn sie diese Kundgebung verbieten“, droht Dammann, „melde ich sofort die nächste an“.

Uwe Ruprecht

Ausland

Umtriebige Musikanten

Rechtsrocker mit politischen Ambitionen.

Die Pläne der Schweizer Nazi-Rocker der Gruppe „Indiziert“, aus ihrem Probenraum in Roggwil bei Aarwangen (Kanton Bern) eine reguläre Gaststätte zu machen, sind inzwischen geplatzt. Der 83-jährige Besitzer der ehemaligen Garage hat nach im Dezember erfolgten Hausdurchsuchungen den ursprünglich gestellten Antrag auf Nutzungsänderung zurückgezogen und den Musikern gekündigt. Der CD-Erstling von „Indiziert“ mit dem Titel „Eidgenössischer Widerstand“ fand auch in Deutschlands Neonaziszene interessierte Abnehmer. Das Werk wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien verboten, weil das Liedgut der Band teilweise direkt an die Rassenlehre der Nationalsozialisten anknüpft.

Das Musiktrio mit Domenic Lüthard (Glashütten) sowie den Gebrüdern Alex und Cedric Rohrbach (Burgdorf) ist aber nicht nur in Sachen Rechtsrock unterwegs – zum Beispiel an der Seite der einschlägig bekannten deutschen Gruppe „Oidoxie“ (Dortmund). Domenic Lüthard ist der Bruder des bei der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) engagierten Pascal Lüthard, der sich aus unbekannten Gründen jetzt zurückziehen möchte. In seine Bresche von Parteiarbeit könnte jetzt Bruder Domenic springen, der für die so genannten Großratswahlen im April bei der PNOS kandidieren will. Er ist Inhaber der Internet-Domain der Kameradschaft „Helvetische Jugend“ und auch mit dem Gesetz ist Musiker Lüthard schon in Konflikt gekommen. Wie die Rohrbach-Brüder beteiligte er sich an Angriffen gegen Punks und eine türkische Familie. Bei einer nicht genehmigten 1-Mai-Demonstration der PNOS marschierten Alex Rohbach und Domenic Lüthard mit. Cedric Rohrbach werden Kontakte zu einer Neonazi-Gruppierung nachgesagt. Auf ein konspiratives Konzert zum Jahresende hatte „Indiziert“ verzichten müssen. Ihr im Rahmen einer angeblichen Privatfeier geplanter Auftritt im Schützenhaus von Thunstetten im Kanton Bern wurde abgesagt, als die Verantwortlichen dahinter kamen, wer sich da bei ihnen über einen „Strohmann“ (Roger Wyss) angemeldet hatte. *Horst Freires*

Grauzone

Völkische Männerbünde

Zahlreiche Burschenschaften dulden Vertreter der extremen Rechten in ihren Reihen und/oder bieten ihnen ein Podium.

Die SPD will sich gegenüber Burschenschaftern im extrem rechten Dunstkreis abgrenzen. Die „Deutsche Burschenschaft“ (DB), so der Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 16. Januar, werde seit Anfang der 80er Jahre von der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“, einem „völkischen Kampfverband“, dominiert. Dies schlage sich in der Programmatik der DB nieder, die „eindeutig biologistisch, völkisch und großdeutsch“ ausgerichtet sei, heißt es. „Nahezu sämtliche Bestandteile eines rechtsextremen Weltbildes finden sich in der burschenschaftlichen Weltanschauung.“, bilanziert der SPD-Vorstand.

Der DB gehören 112 Mitgliedsverbindungen mit knapp 15 000 Aktiven und Alten Herren an. Festredner bei den alljährlich stattfindenden „Burschentagen“ waren waren unter anderem die Rechtsextremisten Alfred Mechtersheimer und Andreas Mölzer. Beide sind auch in Kreisen der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik gern gesehene Referenten.

Ein Ärgernis ist für zahlreiche Sozialdemokraten die Mitgliedschaft Sascha Jungs. Jung, vormals Gründungskopf des rechten Leipziger Hofgeismarer Kreises, machte eine für Sozialdemokraten ungewöhnliche burschenschaftliche Karriere. Er brachte es bis zum Sprecher der pflichtschlagenden Münchner Burschenschaft Danubia. Noch heute hält Jung die Domain der Danuben (www.danubia.de). Eine Zeitlang unterlag Jung bereits einer von der SPD-Schiedskommission verhängten Funktionssperre.

Die Aktivitas der Burschenschaft Danubia steht unter Beobachtung des bayerischen Verfassungsschutzes. Im Haus der Burschenschaft referierten in den letzten Jahren neben anderen rechtsextreme Ideologen wie Alain de Benoist und Reinhold Oberlercher, Publizisten wie Felix Buck (Ex-NPD-Bundesvize, Walter Post (Buchautor des Grabert-Verlages), Claus-M. Wolfschlag sowie der Holocaust-Leugner Horst Mahler. In der von

der Burschenschaft herausgegebenen „Danubenzeitung“ vertreten Rechtsextremisten antidemokratische oder revisionistische Positionen. So veröffentlichte die Schrift kommentarlos ein Pamphlet von Mahler. „Aufsehen erregt“, so der Verfassungsschutz, „hat ein Vorfall vom Januar 2001: Als einem rechtsextremen Skinhead aus Nordrhein-Westfalen vorgeworfen wurde, in München einen Griechen brutal angegriffen zu haben, wurde diesem im Haus der Danubia eine Übernachtungsmöglichkeit verschafft.“ Werbeanzeigen schaltete die Danubia häufiger in der „Jungen Freiheit“ (JF).

Mit Anzeigen in Rechtsblättern wie der JF, der „Deutschen Militärzeitschrift“ oder „Nation&Europa“ mach(t)en auch die in der DB organisierten Verbindungen Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn, Burschenschaft Hansea-Alemannia Hamburg, Burschenschaft Germania Kassel, Erlanger Burschenschaft Frankonia, Berliner Burschenschaft Gothia, Burschenschaft Markomannia Greifswald, Halle-Leobener-Burschenschaft Germania, Hamburger Burschenschaft Germania, Burschenschaft Elektra Teplitz zu München, Münchner Burschenschaft Cimbria und die Berliner Burschenschaft Thurungia auf sich aufmerksam.

Vorsitzende Burschenschaft der DB im Jahr 2006/07 ist die Innsbrucker Burschenschaft Brixia. „Die Geschichte dieser Verbindung“, schreibt die JF, „ist eng mit dem Südtiroler Freiheitskampf verbunden, und in der Deutschen Burschenschaft ist sie für ihre prinzipientreue Grundeinstellung bekannt.“ Deshalb, so die JF, „ist zu erwarten, dass sich die Deutsche Burschenschaft ... in ihrer Selbstdarstellung sowie in der politisch-öffentlichen Betätigung wieder konsequenter an ihren urburschenschaftlichen Traditionen und Leitsätzen orientiert, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war, und sie demnach deutlicher als bisher zu Verfehlungen des herrschenden Zeitgeistes Stellung beziehen wird.“ Im „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“, herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, wird die Brixia als „akademische Vorfeldorganisation des Rechtsextremismus“ eingestuft. Aus den Reihen dieser Burschenschaft kommt auch Herwig Nachtmann, „Schriftleiter“ der von der DB herausgegebenen „Burschenschaftlichen Blätter“ (BB), einschlägig vorbestraft wegen Verbrechens nach dem NS-Wiederbetätigungsgesetz. Im Jahr 2000 lag einer BB-Ausgabe ein Werbeprospekt des rechtsextremen „Arndt-Verlages“ bei.

Verbandsobmann für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit der DB ist Norbert Weidner. Weidner war Führungskader der 1995 verbotenen Neonazi-Truppe FAP und Funktionär der braunen Knasthilfeorganisation HNG. Er gehört der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn an. Referent bei dieser Burschenschaft war im Jahr 2004 der Ex-NPD-Chefideologe Jürgen Schwab. Auch Publizisten wie Dieter Stein, JF-Chefredakteur, Reinhard Uhle-Wettler, Herausgeber einer Festschrift für den Holocaust-Leugner David Irving und Hans-Helmuth Knütter, Autor der „Konservativen Deutschen Zeitung“ sind dort allesamt als Referenten aufgetreten. Mitglied dieser Burschenschaft ist auch Sebastian Prinz. Dessen Name findet sich auf den Einladungslisten des „Anti-Antifa“-Arbeitskreises „Publizistische Aktivitäten gegen Links“. Im Jahr 2003 war Prinz, Beiratsmitglied der stramm rechten „Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.“, die treibende Kraft einer Kampagne gegen den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz.

Verfassungsschutz bekannt ist der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Rechtsextremist Rigolf Hennig, Präsident des „Freistaates Preußen“. Er gehört der Burschenschaft Rugia Greifswald an. Mitglieder der Burschenschaft Dresdensia-Rugia Gießen sind Stefan Rochow, Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, Jürgen Gansel, NPD-Landtagsabgeordneter, und Arne Schimmer, parlamentarischer Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Schlagzeilen lieferte im Jahr 2004 die Burschenschaft Germania-Kassel, als sie den Hamburger Rechtsextremisten Jürgen Rieger als Referenten zu Gast hatte. Weniger bekannt wurden die Referatsauftritte von Horst Mahler bei der Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen im Jahr 2000 und von Andreas Mölzer bei der Marburger Burschenschaft Rheinfranken im Jahr 2005. Dagegen musste die Burschenschaft Normannia zu Heidelberg 2004 die in der JF angekündigten „1. Heidelberger Gespräche“ auf ihrem Haus absagen. Öffentliche Proteste verhinderten die geplanten Referatsauftritte des österreichischen Antisemiten Gerhoch Reisegger und des NPD-Ideologen Karl Richter.

Anton Maegerle

Seitenblick

„Tatorte“

Rechtsextremismus wird auch beim Spitzenfußball zunehmend zu einem Problem.

Großes Aufsehen erregte Ende letzten Jahres der Kapitän des italienischen Traditionsvereins Lazio Rom, Paolo di Canio, der sich bei seiner Auswechslung im Duell gegen den Stadtrivalen AS Rom von den eigenen Anhängern mit dem „Römischen Gruß“ verabschiedete. Der 37-Jährige, der in der Öffentlichkeit keinen Hehl aus seinen politischen Ansichten macht, wiederholte die Geste auch in weiteren Spielen. Seine Bewunderung für den faschistischen Diktator Mussolini hat Di Canio in Form des tätowierten Wortes „Dux“ (lateinisch: Führer) auf dem Oberarm verewigt. Die für ihre Nähe zur neofaschistischen Partei Forza Nuova bekannten, fanatischen Lazio-„Ultras“ gerieten bereits des Öfteren wegen rassistischer Übergriffe negativ in die Schlagzeilen.

Rechtes Gedankengut ist wieder in beim Spitzenfußball. Das gilt für viele europäische Ligen, unter ihnen hochkarätige Spielklassen wie die englische Premier League, die spanische Primera División oder die italienische Serie A. Gewaltbereite Hooligans und radikale Fangruppen, so genannte „Ultras“, sind in vielen Stadien gefürchtet. Das Grölen fremdenfeindlicher Parolen gehört ebenso zur Tagesordnung wie Hitlergruß, Nazi-Schmierereien oder antisemitische Symbole. Die Täter bleiben im Schutz der Fanblöcke unbehelligt und sind häufig auch außerhalb des Fußballalltags in der rechtsextremen Szene zu Hause. Zielscheibe rassistischer Gesänge sind in der Regel Spieler dunkler Hautfarbe. Während eines Freundschaftsspiels im November 2004 zwischen Spanien und England im Madrider Stadion „Bernabeu“ tyrannisierten einheimische Fans mehrere englische Akteure mit der mittlerweile weit verbreiteten Imitation von Affenschreien und -gestiken. Einige Zeit später bekamen an gleicher Stelle auch die brasilianischen Spieler des deutschen Bundesligisten Bayer Leverkusen die hasserfüllte Stimmung zu spüren. Häufiger denn je ermittelte die Europäische Fußball-Union (UEFA) 2005 wegen Vergehen mit rechtsextremem Hintergrund. In mehr als einem Dutzend Fällen wurden Geldstrafen, Stadionverbote oder Zuschauerausschluss verhängt. In der langen Liste der dokumentierten „Tatorte“ finden sich die Arenen so prominenter Klubs wie Real Madrid, Lazio Rom, PSV Eindhoven, Blackburn Rovers oder Steaua Bukarest. Teams, deren Kader bezeichnenderweise selbst ebenfalls gespickt mit ausländischen Kickern sind.

Vor allem in osteuropäischen Stadien hetzt der braune Fußballmob Menschenrechtsorganisationen zufolge nahezu unbehelligt gegen Farbige, Juden oder ethnische Minderheiten. Ganz oben auf der Liste stehen Polen, Ungarn, Russland oder Rumänien. Beim Lokalderby der Bukarester Vereine Dynamo und Rapid empfing die Dynamo-Fankurve den verhassten Rivalen, der traditionell als Heimat der rumänischen Roma gilt, mit einem überdimensionales Plakat mit der unmissverständlichen Botschaft „Mori tigane“ – „Tod den Zigeunern“.

Der deutsche Spitzenfußball ist von so gravierenden Vorfällen bislang weitgehend verschont geblieben, wozu auch neue Überwachungsmethoden in den Stadien, straffe Hausordnungen und sensibilisiertes Ordnungspersonal beitragen. Aktuelle Studien zeigen allerdings auf, dass sich rechtsextreme Rhetorik und Gewalt zunehmend in die unteren Ligen oder ins Umfeld der Fußballstadien verlagert haben. So im vergangenen Dezember beim Ostderby zwischen Dynamo Dresden und Energie Cottbus in der 2. Bundesliga. Mitgereiste Fans entrollten im Block der Lausitzer Gäste ein schwarzes Riesenbanner, auf dem zwei Davidsterne und das Wort „Juden“ in Frakturschrift zu erkennen waren. Das „D“ war dem Design des Vereinsemblems von Dynamo Dresden nachempfunden. Trotz Live-Übertragung des Spiels im Fernsehen griffen weder Fanbeauftragte noch Ordnungskräfte ein.

Angesichts der näher rückenden Weltmeisterschaft werden die Entwicklungen von deutschen Funktionären nicht ohne Sorgenfalten verfolgt. Viele bekannte Spieler engagieren sich auch in Initiativen zur Aufklärung, Toleranz und Solidarität. Als eines der Musterbeispiele gilt das 1999 entstandene Netzwerk FARE (Football Against Racism in Europe), dessen Arbeitsgruppen länderübergreifend antirassistische Aktionen und Fußballprojekte initiieren.

Michael Funk

Demokratische Initiativen

Kaum mehr als Fensterreden

Die erste Landestagung eines Netzwerkes für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt hinterlässt zwiespältige Eindrücke.

Das „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ in Sachsen-Anhalt hat bei seiner ersten landesweiten Arbeitstagung die Menschen im Land aufgerufen, bei der Landtagswahl am 26. März demokratische Parteien zu wählen und der rechtsextremen Deutschen Volksunion eine klare Absage zu erteilen (s. S. 3). Dem Netzwerk gehören mehr als 170 Verbände, Institutionen und Einzelpersonen an, von denen aber lediglich knapp ein Drittel an der Tagung teilnahmen. Und der Aufruf dürfte lediglich so etwas wie der kleinste gemeinsame Nenner sein

Dass sich die Tagung auf den Aufruf zur Verhinderung eines Wiedereinzuges der DVU in den Landtag als Ergebnis beschränkte, greift vielen Teilnehmern deutlich zu kurz. „Natürlich besteht die Gefahr, dass eine neu aufgestellte DVU im März nach der Legislaturperiode zwischen 1998 und 2002 erneut den Sprung in den Landtag schafft“ meint David Begrich von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus in Halle. Das aber sei angesichts der Besorgnis erregenden Gewaltwelle seit Jahresanfang nicht der eigentliche Kern des Problems. „Rechtsextremismus“, so Begrich, „spielt sich jenseits der Frage ab, ob die DVU in den Landtag einzieht oder nicht.“

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus wird vom Verein Miteinander betrieben, der seinerzeit als Reaktion auf den DVU-Einzug ins Parlament gegründet wurde und in Sachsen-Anhalt ein funktionierendes Netzwerk mit vier regionalen Geschäftsstellen aufgebaut hat. Schon seit seiner Gründung zog der Verein die Kritik der jetzigen Regierungsparteien CDU und FDP auf sich, die ihm eine einseitige Konzentration auf die Arbeit gegen Rechtsextremismus vorwarfen. Das Ergebnis dieser Kritik spiegelt sich in der finanziellen Situation des Vereins wider. Konnte sich der Verein unter der SPD-Minderheitsregierung noch auf eine institutionelle Förderung von mehr als einer Million Euro stützen, so wurde diese von Schwarzgelb längst auf einen Betrag zwischen 250 000 und 300 000 Euro gestutzt. Hinzu kommt zwar eine Projektförderung, die von der Landeszentrale für politische Bildung ausgereicht wird, deren Mittel für diesen Bereich sind jedoch endlich. Gäbe es nicht Bundesmittel aus den Programmen Opferberatung, Civitas und Xenos – der Verein hätte große Teile seiner Arbeit längst einstellen müssen. „Müsste das Land bei einem teilweisen Wegfall dieser Bundesmittel etwa die Förderung der Opferberatung selbst wieder übernehmen, würde das für die Landeskasse zusätzliche Kosten in Höhe von 200 000 Euro bedeuten“, meint Vereinsmitglied Matthias Gärtner.

So wurde denn auch bei der ersten landesweiten Tagung des Netzwerkes überwiegend Kritik an der Finanzpolitik der schwarzgelben Regierung laut. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Finanzsituation von „Miteinander e.V.“ mahnte Susanne Wiedemeyer vom DGB mehr finanzielle Unterstützung des Landes für Projekte gegen Rechtsextremismus an. Und Klaus Breymann von der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe kritisierte die fast vollständige Streichung der Finanzmittel für die Schulsozialarbeit. Dadurch seien landesweit einstmals gut ausgebildete Beratungsstrukturen weggebrochen, die seinerzeit viele Jugendliche vor einem Abdriften in die rechte Szene bewahrt hätten.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Kriemhild Fischer sah in der Tagung des Netzwerkes sogar lediglich eine Aneinanderreihung von Fensterreden von Landespolitikern unterschiedlicher Couleur. „Was aus meiner Sicht wirklich wichtig war, nämlich die Präsentation kommunaler und regionaler Projekte und Strukturen gegen rechtsextremistische Bestrebungen, war von den Organisatoren an den Schluss der Tagesordnung gesetzt worden“, moniert sie. „Da waren aber die meisten Landespolitiker längst entfleucht.“ Fischer will jetzt in ihrer Heimat, dem Mansfelder Land, selbst ein regionales Netzwerk gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz gründen. „Und das noch vor der Landtagswahl“, ist sie entschlossen. „Da ist es mir auch völlig egal, wenn mir einige meiner politischen Gegner Wahlkampfaktionismus vorwerfen.“ Nötig scheint ihr Vorhaben, im Mansfelder Land sind Rechtsextremisten von DVU und NPD in mehreren Kommunalparlamenten vertreten.

Eberhard Löblich

Blick in die Zeitgeschichte

Weiße Flecken

Die „Dachauer Hefte" sind wahre Fundgruben über Details aus der NS-Zeit.

Dass es in etlichen KZs Bordelle gab, ist weitgehend bekannt. Das gilt auch für die Tatsache, dass die Frauen von SS-Männern zur Prostitution gezwungen wurden und der Besuch eines Lagerbordells für die Gefangenen als Auszeichnung galt. Sie mussten sich besonders hervorgetan haben. Bei den „Politischen" mit dem roten Winkel war ein Bordellbesuch dagegen verpönt. Von sexuellen Exzessen der SS in den Lagern dagegen ist fast nichts bekannt. Die SS gilt immer noch als moralisch makellos. Morde und Quälereien gehörten zum Alltag im KZ. Das ist bekannt. Einige sind vor Gerichten hin und wieder sogar geahndet worden. Die sexuellen Perversionen der SS sind aber wohl in keinem NS-Prozess zur Sprache gekommen. Das hat einen einfachen Grund. Diese Straftaten waren längst verjährt, als endlich ernsthafte Strafverfahren begannen. Deshalb ist dieser Teil der Erniedrigung vor allem von Frauen fast unbekannt. Sie selbst haben nach der Befreiung diese Qualen für sich behalten – aus Scham und Verletztheit, wenngleich sie selbstverständlich schuldlos waren.

In der 21. Folge der „Dachauer Hefte", die den Titel „Häftlingsgesellschaft" trägt, berichtet die Wiener Soziologin Brigitte Halbmayr ausführlich über diese Untaten und stellt die Literatur dazu vor. Schon das ist verdienstvoll, weil es eine Lücke füllt und das Bild von der moralisch „sauberen" SS korrigiert. SS-Männern machte es Spaß, durch Gucklöcher den Sex zu beobachten. In Auschwitz haben SS-Leute Frauen kurz vor dem Weg in die Gaskammer zu oralem Sex gezwungen, Frauen mussten ihre Notdurft vor SS-Männern verrichten, die dabei ihre abstoßenden Bemerkungen machten. Der vorzügliche Beitrag von Halbmayr wirkt hoffentlich als Anstoß, dieses Thema wissenschaftlich weiter zu untersuchen. Es gibt eben immer noch weiße Flecken.

Wolfgang Benz, Direktor des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung und zusammen mit Barbara Distel von der Gedenkstätte Dachau Herausgeber der „Dachauer Hefte", ist offenbar dabei, das Schicksal der „Aktionsjuden" zu erforschen. Das waren 20 000 bis 30 000 arbeitsfähige, gesunde Juden, die nach der Reichspogromnacht im November 1938 verhaftet und in KZs verschleppt worden sind. Ziel der „Aktion" war es, „Druck auszuüben zur Auswanderung und zur Überschreibung von Vermögenswerten". (S. 179) Benz hat dazu Quellen gefunden, aus denen er höchst aufschlussreiche Zitate für dieses „Dachauer Heft" ausgewählt hat. Die Männern schildern, wie sie bereits bei der Festnahme und danach im Lager sowieso geschunden und unter Druck gesetzt wurden, ihren Besitz der SS zu verhökern.

Die Münchner Publizistin und Filmemacherin Katrin Seybold beschäftigt sich mit dem Schicksal von überlebenden Sinti. Bei Diskussionen über deren Los während der NS-Zeit fiel oft auf, dass sie sich ausgezeichnet erinnern konnten. Sie waren kaum auf Quellen angewiesen, hatten offenbar alles im Gehirn gespeichert. Der Grund könnte sein, dass es unter den Sinti und Roma viele Analphabeten gab. Sie mussten sich auf die Erinnerung verlassen. Eine Besonderheit etwa gegenüber dem „Volk der Bücher", den Juden also.

Zwiespältigkeit kann befallen, wer Christel Trouve's Aufsatz über die „Nacht- und Nebel"-Häftlinge liest. Das waren vorwiegend Kommunisten, die nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR im Sommer 1941 verhaftet worden waren, weil sie unter Umständen nun Kontakt zum linken Widerstand suchen könnten. Während die Autorin auf den ersten Seiten die Leser mit kaum verständlichen Schachtelsätzen malträtiert, wird der Stil später deutlich besser. Es drängt sich der Verdacht auf, es könnten zwei Verfasser am Werk gewesen sein. Vielleicht haben die Herausgeber Zeit und Muße, sich diesen Beitrag noch einmal kritisch anzuschauen. Insgesamt. Hoffentlich gibt es auch in Zukunft die „Dachauer Hefte". Sie sind nämlich oft wahre Fundgruben.

Heiner Lichtenstein

Bezug: Verlag Dachauer Hefte, Alte Römerstraße 75, 85221 Dachau, Tel.: 08131/6699790, Fax; 08131/26967; E-Mail: info.dachauer-hefte@kz-gedenkstaette-dachau.de

Überleben im Versteck

Eine Ausstellung im Anne Frank Zentrum dokumentiert das Schicksal jüdischer Menschen in Berlin während der NS-Zeit.

Zvi Aviram war kaum 16 Jahre alt, als er von heute auf morgen ohne Eltern, ohne Wohnung und ohne Geld da stand und in Berlin um sein schieres Überleben kämpfen musste. Zwischen 1943 und 1945 verbarg sich der junge Mann an unterschiedlichen Orten, mit Glück entkam er nach seiner Festnahme durch die Nazis Ende 1943 aus einem Sammellager. Zvi Aviram, der als Heinz Abrahamson in Berlin geboren wurde, gehört zu den wenigen jüdischen Menschen, die die Nazizeit im Versteck überleben konnten.

Ende Januar wurde im Anne Frank Zentrum in Berlin eine Ausstellung zu diesem Thema eröffnet: Exemplarisch sind die Schicksale von fünf jüdischen Familien in Berlin dargestellt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Kinder, denn gerade sie erschwerten es den bedrängten Menschen zusätzlich, ein sicheres Versteck zu finden. „Die Eltern mussten bei den häufig auftretenden Kinderkrankheiten einen Arzt oder ein Krankenhaus finden, sie mussten ständig in Furcht leben, mit den Kindern aufzufallen, hinzu kam die Angst, dass die Kinder etwas ausplaudern könnten“, führte Beate Kosmala von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in einem Einführungsvortrag aus. Sie hatte mit anderen die Ausstellungsidee im Rahmen des Projektes „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ am Zentrum für Antisemitismusforschung entwickelt.

In Berlin versuchten mehr als 7 000 Jüdinnen und Juden zwischen 1941 und 1945, im Versteck zu überleben. Nur etwa 1 500 von ihnen haben es tatsächlich geschafft. Glück und die Hilfe mutiger Nicht-Juden waren dazu nötig. Die Ausstellung dokumentiert nicht nur Geschichten mit gutem Ausgang: Genau wie bei der Namenspatin des Zentrums Anne Frank endete der Versteckversuch der Schwestern Ruth und Gitti Süßmann am Ende mit Verrat und Tod. Die Mutter hatte ihre Töchter – gegen Geld – in die Obhut einer Frau in Weimar gegeben. Erst nach der Befreiung vom Nationalsozialismus erfuhr sie, dass die Kinder verraten und nach Auschwitz deportiert worden waren. Ebenso wurde die vierköpfige Familie Horn denunziert und nach sieben Monaten im Verborgenen nach Auschwitz deportiert. Die uneigennützige Hilfe Otto Weidts, Bürstenhersteller in einer Blindenwerkstatt in Berlin-Mitte, der vielen Juden während der Nazizeit Unterschlupf und Arbeit gab, konnte diese Familie nicht retten.

Die drei weiteren in der Ausstellung dokumentierten Schicksale haben eine glücklichere Wendung genommen. Neben Zvi Aviram überlebten auch Reha Sokolow, geborene Abraham, und Werner Foß in Verstecken. Sie waren zur Ausstellungseröffnung gekommen und gaben einen anschaulichen Eindruck von den extremen Anforderungen ihres Überlebenskampfes. „Wir waren, glaube ich, die einzige Familie in ganz Berlin, die in einer Wohnung mit vier Personen überlebt hat – das hat es nie wieder gegeben“, resümierte Werner Foß. Mit Eltern und einem Bruder lebte er mehr als zwei Jahre in der Wohnung einer Bekannten. Trotz aller Enge und Knappheit an Lebensmitteln hielten die fünf Menschen zusammen. Nach Kriegsende bezog Familie Foß im Haus ihres heimlichen Unterschlupfes eine Wohnung. Überlebt hat schließlich auch die dreiköpfige Familie Abraham durch den couragierten Einsatz der Berlinerin Maria Nickel, die sich vorgenommen hatte, wenigstens einem jüdischen Menschen das Leben zu retten. Am Ende half sie drei Menschen: Ruth und Walter Abraham mit ihrer damals gerade geborenen Tochter Reha.

Gerade die Präsentation von Einzelschicksalen, stellte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) in seinem Redebeitrag zur Ausstellungseröffnung fest, sei für die heute Jüngeren wichtig. „Emotionen werden geweckt, persönliche Identifikation ist so möglich.“ Denn immer mehr Menschen würden die Zeit des Naziregimes und der Judenverfolgung mittlerweile allein als geschichtliches Wissen kennen. „Eine Ausstellung wie diese vermittelt sehr plastisch die Verbrechen der Nazis, aber auch Heldentum im Kleinen.“

Gudrun Giese

„Kinder im Versteck“ bis 30. April im Anne Frank Zentrum, Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin-Mitte. Mehr über das Rahmenprogramm unter: www.annefrank.de

Meldungen

NPD-Landesliste steht

Mainz – Ohne Direktkandidaten, aber mit einer Landesliste tritt die NPD bei der Landtagswahl am 26. März in Rheinland-Pfalz an. Die erforderlichen Unterlagen sowie 2600 Unterstützungsunterschriften seien beim Landeswahlleiter eingereicht worden, berichtete die Partei. Als Spitzenkandidat der zwölfköpfigen Liste tritt der NPD-Multifunktionär Peter Marx an, gefolgt von Safet Babic, Rene Rodriguez-Teufer, Sascha Wagner, Christian Hehl und Sven Lobeck. Die NPD kündigte an, gezielt um Jungwähler werben zu wollen, unter anderem mit der Fortsetzung der Schulhof-CD-Aktion. (ts)

Szeneinternes Rollkommando

Heppenheim – Ehemalige führende Aktivisten des neonazistischen Musiknetzwerks „Blood&Honour" erheben schwere Vorwürfe gegen einen Teil ihrer Nachfolger. Unterzeichnet wurde die Erklärung unter anderem von Dieter Riefling („Ehem. Politischer Organisationsleiter"), Christian Hehl („Ehem. Sektionsleiter Rheinland-Pfalz"" und Dirk Fasold („Ehem. Sektionsleiter Westfalen"). „Wir Unterzeichner, die wir bis zum Verbot im Oktober 2000 die Blood and Honour Bewegung mit Leben erfüllten, sind entsetzt, mit welchen kriminellen Mitteln in diesem Namen heute vorgegangen wird", schreiben sie. Schlägereien, Schutzgelderpressungen und vieles mehr seien in Süddeutschland an der Tagesordnung. Es müsse „klar sein, daß in unserer Bewegung keine mafiösen Unterdrückungsmethoden geben darf und dies nicht geduldet werden kann". Konkreter Anlass für die Erklärung sind Vorfälle bei einem Neonazi-Konzert am 5. November 2005 in Heppenheim. Kontrahenten der Veranstalter hatten das Konzert gestürmt, einen Organisator mit einem Totschläger am Kopf verletzt, Konzertbesucher mit abgebrochenen Flaschen bedroht und die Kasse mit den Eintrittsgeldern entwendet. (ts)

Neue HDJ-„Einheiten"

Berlin/Schwerin – Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) mit Sitz in Berlin verkündet eine weitere regionale Ausdehnung. Die bundesweit aktive Gruppierung meldete Ende Januar im militärischen Sprachstil zwei „neue Einheiten" – zum einen in Mecklenburg, zum anderen in Vorpommern. Ferner ist man seit dem Jahreswechsel auch in Schleswig-Holstein präsent. Die völkisch ausgerichtete HDJ knüpft an an die Aktivitäten des ehemaligen Bund Heimattreuer Jugend. Für sieben- bis 25-jährige „Mädel und Jungen" werden Freizeitfahrten und -lager angeboten. Dort sollen dann eine heimat- und volkstreue Weltanschauung und Kultur vermittelt werden. Seit 2002 erscheint bei der HDJ die viermal im Jahr herausgebrachte Zeitschrift „Funkenflug". Bekannte Neonazikader mit aktueller beziehungsweise ehemaliger HDJ-Anbindung sind Lutz Giesen und Jörg Hähnel. (hf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de